



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressemitteilung

Spahns „Open House“-Verfahren könnte den Steuerzahler 2,3 Mrd. Euro kosten

Berlin, 20.11.2024

Dr. Christos Pantazis, MdB
*Abgeordneter für Braunschweig
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040
Fax: +49 30 227 23 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

„Das „Open House“-Verfahren zur Maskenbeschaffung während der Corona-Pandemie unter Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn steht exemplarisch für Missmanagement und mangelnde Transparenz. Die Entscheidung, Schutzmasken ohne Beschränkungen zu einem Festpreis von 4,50 Euro zu beschaffen, führte zu chaotischen Zuständen: Lieferzusagen in Milliardenhöhe sprengten das geplante Budget, und viele Unternehmen konnten die strikten Fristen nicht einhalten. Heute klagen Lieferanten auf Zahlungen von insgesamt 2,3 Mrd. Euro – selbst für Masken, die nie geliefert wurden. Das Mautdebakel des ehemaligen Bundesverkehrsministers Andreas Scheuer (CSU) belastete die Steuerzahler bereits mit 243 Millionen Euro – und nun könnte Jens Spahns „Open House“-Verfahren der Staatskasse insgesamt einen weiteren Schaden von 2,3 Milliarden Euro zufügen.

Besonders fragwürdig ist die Rolle des ehemaligen CDU-MdB Niels Korte. Über eine Tochterfirma ist er indirekt in die Klagen verwickelt und könnte im Erfolgsfall von Provisionen profitieren.“, so Pantazis.

Der CDU-Mann habe bereits 2021 durch seine Maskengeschäfte Schlagzeilen gemacht, als bekannt wurde, dass er sich per E-Mail an Parteifreund Jens Spahn Zugang zu Vergabeunterlagen verschaffte.



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

„Persönliche politische Kontakte für derartige Geschäfte zu missbrauchen, muss unterbunden werden und mögliche politische Verstrickungen schaden dem Vertrauen in die Politik. Ich fordere daher eine lückenlose Aufklärung, um Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und das Vertrauen nachhaltig wiederherzustellen.“, erklärt Pantazis abschließend.